

Vom Herbst der Reformen zum Frühjahr der Restriktionen

VV-Vorsitzende tagen im Saarland

In diesem Jahr fand das Frühjahrstreffen der Vorsitzenden der KZV-Vertreterversammlungen im Saarland statt. Diese regelmäßigen Treffen dienen dem Informations- und Erfahrungsaustausch unter den höchsten Gremien der zahnärztlichen Selbstverwaltung. Die KZVB war durch ihren VV-Vorsitzenden Dr. Jürgen Welsch vertreten.



Die VV-Vorsitzenden aller deutschen KZVen warteten bei einer Tagung im Saarland vor weiteren Restriktionen bei der vertragszahnärztlichen Versorgung.

Zum Auftakt informierte Patrick Unverricht, Leiter des Referates D 3 im saarländischen Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Gesundheit, über die Auswirkungen der Paragraphen 78 und 220 SGB V, die ein Verbot der Kreditaufnahme durch die Körperschaften beinhalten. Auch in finanziell schwierigen Zeiten sind die Körperschaften zu sparsamer Haushaltsführung verpflichtet. Insbesondere planbare Finanzierungsengpässe wie Renovierung und Instandhaltung der Gebäude können nicht durch Aufnahme von Krediten finanziert werden.

Im zweiten Teil der Tagung konnten alle Teilnehmer aus ihrem KZV-Bereich berichten. Besonders bedrohlich ist der Rückgang der Praxen im östlichen Teil und in

den ländlichen Gebieten. Nachwuchs- und Niederlassungsförderung sollen hier gegensteuern. Die Möglichkeiten der Strukturfonds nach § 105 SGB V werden überwiegend genutzt. Die Teilnehmer wünschen sich jedoch ein stärkeres Engagement der Bundesregierung.

Leider weisen die Signale, die der Referentenentwurf der Bundesgesundheitsministerin aussendet, in die entgegengesetzte Richtung. Einschränkung der Selbstverwaltung in der Honorargestaltung, Beschränkung der Berufsausübung durch das Abrechnungsverbot kieferorthopädischer Leistungen für Nichtfachzahnärzte für Kieferorthopädie und natürlich eine Absenkung der Honorarzuwächse unter die Grundlohnsumme für die Jahre

2027 bis 2029, um nur einige der vorgesehenen Maßnahmen zu nennen.

Die Vorsitzenden der Vertreterversammlungen der Kassenzahnärztlichen Vereinigungen appellieren an alle Gesundheitspolitiker in Deutschland, diesen Restriktionen, insbesondere der Einschränkung der Abrechenbarkeit kieferorthopädischer Maßnahmen, ihre Zustimmung zu verweigern. Ansonsten ist zu befürchten, dass eine flächendeckende kieferorthopädische Versorgung in ganz Deutschland nicht mehr weiterhin gewährleistet werden kann.

Redaktion